

Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen und Meldeversäumnissen

1 Allgemeines

Jeder/m Leistungsberechtigten ist ein/e persönliche/r Ansprechpartner/in als zentrale/r Ansprech- und Koordinationspartner/in zu benennen. Die/Der persönliche Ansprechpartner/in betreut die/den Leistungsberechtigte/n durch Information, Beratung und umfassende Unterstützung im Integrationsprozess. Dazu wird die/der Leistungsberechtigte u.a. regelmäßig zu Meldeterminen - mit dem Ziel der Erarbeitung bzw. Umsetzung und Nachhaltung des individuellen Integrationsplans - eingeladen. Die Eingliederungsvereinbarung (EinV) fasst die individuell mit der/dem Leistungsberechtigten getroffenen Vereinbarungen zusammen und strukturiert und terminiert die Aktivitäten in den folgenden Phasen des Integrationsprozesses.

Die Umsetzung des individuellen Integrationsplans ist mit Rechten und Pflichten für die/den Leistungsberechtigten verbunden. Hält sich diese/r nicht an die getroffenen Vereinbarungen oder festgelegten Pflichten, liegen Pflichtverletzungen vor.

Die Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen sind in § 31a SGB II geregelt. Eine Rechtsfolge - Leistungsminderung - tritt ein, sobald das Vorliegen einer der in § 31 SGB II genannten Tatbestände festgestellt wurde (siehe dazu auch Arbeitshilfe Tatbestände). Es besteht **kein** Ermessensspielraum.

Bei Pflichtverletzungen nach § 31 SGB II unterscheiden sich die Rechtsfolgen neben dem Kriterium erstmalige, erste wiederholte oder weitere wiederholte Pflichtverletzung außerdem noch nach dem Alter des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Person unter 25 Jahren oder ab 25 Jahren, Volljährigkeit) und der Erwerbsfähigkeit. Die Rechtsfolgen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte ab 25 Jahren regelt § 31a Abs. 1 SGB II, die für erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 25 Jahren § 31a Abs. 2 SGB II. § 31a Abs. 3 regelt für alle Personenkreise die Erbringung ergänzender Sach- oder geldwerter Leistungen sowie als weitere Rechtsfolge die Direktzahlung von Miete und Nebenkosten an Vermieter oder andere Empfangsberechtigte. Die Anwendbarkeit der Sanktionsregelungen auf nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte ergibt sich aus § 31a Abs. 4 SGB II.

Die Rechtsfolgen bei Meldeversäumnissen sind in § 32 SGB II geregelt. Die Höhe der Minderung ist für jedes Meldeversäumnis gleich; anders als bei den Pflichtverletzungen wird nicht nach dem Wiederholungstatbestand, dem Alter oder der Erwerbsfähigkeit unterschieden.

Beginn und Dauer der Sanktion sind in § 31b SGB II geregelt. Die Dauer beträgt im Regelfall 3 Monate ab Beginn des Monats, der auf das Wirksamwerden des Sanktionsbescheides folgt. Bei einer Sanktion wegen einer festgestellten Sperrzeit nach dem SGB III beginnt die Sanktion zeitgleich mit der Sperrzeit.

Einzelheiten zur Höhe (Prozentsätze und Geldbeträge) der einzelnen Sanktionen enthält das Übersichtsblatt zu den Sanktionen ([Arbeitshilfen §§ 31 ff.](#)).

2 Die wiederholte Pflichtverletzung

I. Voraussetzung nach § 31a Abs. 1 S. 4 SGB II - Sanktionsbescheid

Eine wiederholte Pflichtverletzung liegt vor, wenn ihr bereits eine Pflichtverletzung nach § 31 SGB II vorausgegangen ist, zu der eine Minderung mit Sanktionsbescheid festgestellt worden ist. Dabei ist unerheblich, ob der Bezug von Alg II (oder in bestimmten Fällen von Sozialgeld) zwischenzeitlich unterbrochen war und aus welchen Gründen der Leistungsbezug ggf. unterbrochen war. Eine wiederholte Pflichtverletzung kann deshalb auch dann vorliegen, wenn nach der vorherigen Pflichtverletzung Hilfebedürftigkeit zeitweise ganz weggefallen ist.

II. Voraussetzung nach § 31a Abs. 1 S. 5 SGB II - Zählwirkung

Eine wiederholte Pflichtverletzung setzt voraus, dass der Beginn des vorangegangenen Sanktionszeitraumes nicht länger als ein Jahr zurückliegt („Zählwirkung“). Jeder Sanktionszeitraum löst eine eigene Zählwirkung aus, was bedeutet, dass bei jeder Pflichtverletzung das Ende der Zählwirkungsfrist festzustellen ist. Diese Frist läuft kalendermäßig ab, sie kann nicht gehemmt oder unterbrochen werden. Die Zählwirkungsfrist endet demnach am Tag vor Ablauf eines Jahres seit dem Sanktionsbeginn.

Beispiel 1:

Pflichtverletzung am 13. Juli 2012
Sanktionsbescheid vom 25. Juli 2012
Sanktion vom 01.08.2012 bis 30.10.2012
weitere Pflichtverletzung am 20. Dezember 2012

Es handelt sich um eine wiederholte Pflichtverletzung. Die Frist für die Zählwirkung endet am 31.07.2013 (Beginn des Sanktionszeitraumes am 01.08.2012). Die weitere Pflichtverletzung liegt innerhalb der Frist. Daher liegt eine wiederholte Pflichtverletzung vor.

Beispiel 2:

Pflichtverletzung am 04. April 2012
Sanktionsbescheid am 18. April 2012
Sanktion vom 01.05.2012 bis 31.07.2012
weitere Pflichtverletzung am 30. April 2013

Es handelt sich um eine wiederholte Pflichtverletzung. Die Frist für die Zählwirkung (Eintritt der Sanktion am 01.05.2012) endet am 30.04.2013. Innerhalb dieser Frist, wenn auch am letzten Tag, liegt ein weiterer Pflichtverstoß vor. Maßgebend ist der Tag der Pflichtverletzung.

III. Beginn der Zählwirkung

Eine wiederholte Pflichtverletzung liegt auch vor, wenn eine weitere Pflichtverletzung festzustellen ist, die noch vor Beginn des Minderungszeitraumes wegen der vorherigen Pflichtverletzung liegt. Maßgebend ist, dass zu der vorangegangenen Pflichtverletzung bereits ein Sanktionsbescheid zugegangen ist. § 31a Abs. 1 S. 5 SGB II legt nur **das Ende der Zählwirkung** fest. Der Zählwirkungszeitraum wird in den überwiegenden Fällen etwas mehr als ein Jahr betragen; er beginnt mit dem Tag nach Zugang des Sanktionsbescheides.

Beispiel:

Pflichtverletzung am 3. September 2012
Sanktionsbescheid versendet am 14. September 2012
Sanktion vom 01.10.2012 bis 31.12.2012
weitere Pflichtverletzung am 26. September 2012

Es handelt sich um eine wiederholte Pflichtverletzung. Der Zeitraum, in dem eine wiederholte Pflichtverletzung begangen werden kann, beginnt am Tag nach Zugang des Sanktionsbescheides zu der vorangegangenen Pflichtverletzung. Die Frist verläuft im Beispiel vom 19.09.2012 (Zugang Bescheid) bis 30.09.2013. Der Zählwirkungszeitraum selbst kann also länger als ein Jahr andauern.

IV. Alter der/des Leistungsberechtigten

Eine wiederholte Pflichtverletzung ist nach § 31a Abs. 1 SGB II zu beurteilen, wenn die/der Leistungsberechtigte zum Zeitpunkt der Pflichtverletzung mindestens 25 Jahre alt ist. Dies gilt auch, wenn die/der Leistungsberechtigte zwischen Pflichtverletzung und Beginn des Sanktionszeitraums das 25. Lebensjahr vollendet.

Wiederholte Pflichtverletzung

- Vorherige Pflichtverletzung führte zur Sanktion**
- Bescheid über vorherige Sanktion ist zugegangen**
- Eine weitere Pflichtverletzung wird festgestellt**
- Die vorherige Pflichtverletzung entfaltet Zählwirkung**
- Ende des Zählwirkungszeitraumes: Jahresfrist ab Sanktionsbeginn**

3 Weitere Rechtsfolgen einer Sanktion

I. Krankenversicherung

Entfällt das Arbeitslosengeld II wegen einer Pflichtverletzung i. S. d. § 31 vollständig, entfällt für die Dauer des Minderungszeitraumes auch der Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsschutz nach § 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB V und § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2a SGB XI, da kein Leistungsbezug vorliegt. Während des Minderungszeitraumes werden somit keine Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung geleistet.

Achtung!

Während einer Sanktion mit vollständigem Wegfall der Leistungen liegt ein Tatbestand für die Meldung von Anrechnungszeiten zur Rentenversicherung nach § 58 SGB VI nicht vor.

Soweit sich die Leistungsberechtigten nicht nach § 9 SGB V freiwillig versichern, greift der Schutz der Nachrangversicherung nach § 5 Abs. 1 Nr. 13a SGB V und § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 12 SGB XI. Zur Absicherung bei Krankheit kommt daher ein Zuschuss zu den angemessenen Beiträgen zu einer freiwilligen KV/PV nach § 26 Abs. 1 und 2 SGB II nicht in Betracht.

Werden ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen gewährt, tritt hingegen die Versicherungspflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB V und § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2a SGB XI für den Zeitraum wieder ein, für den die Sach- oder geldwerten Leistungen erbracht werden. Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung werden wieder entrichtet.

Beispiel 1:

Erwerbsfähige/r Leistungsberechtigte/r ab 25 Jahren

Erstmalige Pflichtverletzung am 13.02.12, Minderungszeitraum: 01.03.12 – 31.05.12, Minderung um 30 % des Regelbedarfs.

Erste wiederholte Pflichtverletzung am 10.04.12, Minderungszeitraum: 01.05.12 – 31.07.12, Minderung um 60 % des Regelbedarfs.

Zweite wiederholte Pflichtverletzung am 04.05.12, Minderungszeitraum: 01.06.12 – 31.08.12, Wegfall des Arbeitslosengeldes II, keine Milderung.

Vorsprache am 20.06.12: Gewährung von ergänzenden Sachleistungen für den Zeitraum 01.06.12 – 31.08.12.

Obwohl ergänzende Sachleistungen erst am 20.06.12 beantragt werden, liegt auch in der Zeit vom 01.06.12 – 19.06.12 Sozialversicherungspflicht (KV, PV) vor. Ergänzende Sachleistungen werden unabhängig vom Zeitpunkt der Antragstellung für den vollen Monat erbracht, es erfolgt keine Teilberechnung.

Beispiel 2:

Erwerbsfähige/r Leistungsberechtigte/r unter 25 Jahren
Erstmalige Pflichtverletzung am 12.03.12, Minderungszeitraum: 01.04.12 – 30.06.12, Reduzierung der Leistungen auf Bedarfe für Unterkunft und Heizung.
Erste wiederholte Pflichtverletzung am 15.05.12, Sanktionszeitraum: 01.06.12 – 31.08.12, Wegfall des Arbeitslosengeldes II.
Vorsprache am 20.06.12, Bereitschaft Verpflichtungen zukünftig nachzukommen.
Milderung der Sanktion ab dem 20.06.12: Leistungen zur Deckung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden wieder gezahlt.

In der Zeit vom 01.06.12 – 19.06.12 entfällt der Kranken- und Pflegeversicherungsschutz nach § 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB V und § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2a SGB XI, weil kein Leistungsbezug vorliegt. In diesen Fällen greift jedoch - soweit sich die Leistungsberechtigten nicht nach § 9 SGB V freiwillig versichern - der Schutz der Nachrangversicherung nach § 5 Abs. 1 Nr. 13a SGB V und § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 12 SGB XI. Da ab dem 20.06.12 Leistungen gewährt werden, tritt die Versicherungspflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB V und § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2a SGB XI wieder ein.

Beispiel 2 – Erweiterung:

Weitere wiederholte Pflichtverletzung am 05.10.12, Minderungszeitraum: 01.11.12 – 31.01.13, Wegfall des Arbeitslosengeldes II, keine Milderung.
Gewährung von ergänzenden Sachleistungen für den kompletten Minderungszeitraum.

Die Sozialversicherungspflicht entfällt nicht, da weiterhin Leistungen erbracht werden (ergänzende Sachleistungen ab Beginn des Minderungszeitraums).

II. Kein Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte haben grundsätzlich keinen Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem dritten Kapitel des SGB XII, sie werden über § 21 SGB XII ausdrücklich vom Leistungsbezug ausgeschlossen. Dieser Leistungsausschluss bleibt auch während einer Sanktion bestehen, da die/der Sanktionierte dem Grunde nach weiter leistungsberechtigt nach dem SGB II ist, auch bei vollständigem Wegfall der Leistungen (Klarstellung über § 31b Abs. 2 SGB II).

4 Milderung einer Sanktion nach § 31a SGB II

I. Allgemeines

§ 31a SGB II regelt mehrere Möglichkeiten zur Milderung einer Sanktion oder der sich daraus ergebenden Folgen. Alle Regelungen fordern eine Ermessensentscheidung. Demgegenüber sind die Sanktionen ohne Milderung nicht disponibel, die Leistungsträger bzw. Jobcenter haben die Sanktion festzustellen.

Nach § 31a Abs. 1 SGB II mindert sich das Alg II in einer ersten Stufe um 30 Prozent des für die/den erwerbsfähige/n Leistungsberechtigte/n nach § 20 SGB II maßgebenden ungeminderten Regelbedarfs, wenn ein Tatbestand nach § 31 SGB II erfüllt ist. Nach § 32 Abs. 1 SGB II mindert sich das Alg II bei jedem Meldeversäumnis jeweils um 10 Prozent des für die/den erwerbsfähige/n Leistungsberechtigte/n nach § 20 SGB II maßgebenden ungeminderten Regelbedarfs. Bei diesen „Regelsanktionen“ kommt eine Milderung der Sanktion nicht in Betracht.

II. Ergänzende Sachleistungen und geldwerte Leistungen

Diese Milderungsmöglichkeit steht grundsätzlich allen Leistungsberechtigten bei einer Minderung um mehr als 30 Prozent des Regelbedarfs offen. **§ 31a Abs. 3 Satz 1 und 2 SGB II** lauten:

„Bei einer Minderung des Arbeitslosengeldes II um mehr als 30 Prozent des nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs kann der Träger auf Antrag in angemessenem Umfang ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen erbringen. Der Träger hat Leistungen nach Satz 1 zu erbringen, wenn Leistungsberechtigte mit minderjährigen Kindern in einem Haushalt leben.“

Diese Leistungen liegen - mit Ausnahme von Leistungsberechtigten mit minderjährigen Kindern - im Ermessen des Leistungsträgers bzw. des Jobcenters. Sie werden als Zuschuss gewährt. Bereits mit der Anhörung zur Sanktion ist auf die Möglichkeit der Beantragung ergänzender Sachleistungen hinzuweisen.

Insbesondere kommen Lebensmittelgutscheine in Betracht, die sich der Höhe nach an dem für Ernährung (ohne Tabakwaren), für Gesundheitspflege, für Hygiene und Körperpflege vorgesehenen Anteilen des Regelbedarfs orientieren.

Der Anteil dieser Bedarfe am Regelbedarf für Alleinstehende/Alleinerziehende beträgt ca. 46 Prozent, das sind derzeit 176 Euro. Ergänzende Sachleistungen sind aber nur in Bezug auf den 30 Prozent übersteigenden Minderungsbetrag möglich. Mindert sich das Alg II also um 60 Prozent des Regelbedarfs, können ergänzende Sachleistungen nur maximal zu 30 Prozent der 176 Euro, also in Höhe von gerundet 53 Euro, gewährt werden (Höchstbetrag). Bei vollständigem Wegfall der Leistungen könnten maximal gerundet 123 Euro gezahlt werden ($176 \text{ €} \times 70 \text{ \%}$). Der/dem Leistungsberechtigten müssen jedoch als Grundsicherung mindestens 176 Euro verbleiben. Es ist also zu prüfen, ob die der/dem Leistungsberechtigten unter Berücksichtigung der Sanktion noch zu gewährenden Leistungen für den Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts zusammen mit der errechneten ergänzenden Sachleistung 176 Euro ergeben.

Ist das nicht der Fall, darf die ergänzende Sachleistung erhöht werden, bis 176 Euro erreicht werden.

Eine Ausnahme besteht, wenn die/der Leistungsberechtigte über zu berücksichtigendes Einkommen und/oder sofort verwertbares Vermögen verfügt. Ihr/Ihm kann grundsätzlich zugemutet werden, dieses im Sanktionsfall vorrangig für den Lebensunterhalt einzusetzen. Grundsätzlich können nur diese beiden Komponenten die Ermessensentscheidung beeinflussen.

Über die Gewährung ergänzender Sachleistungen (ob und in welcher Höhe) ist eine Ermessensentscheidung zu treffen. Grundsätzlich kann der Leistungsträger bzw. das Jobcenter **auf Antrag** ergänzende Sachleistungen in angemessenem Umfang erbringen.

Darüber hinaus besteht eine **grundsätzliche Verpflichtung** zur Erbringung von angemessenen Sachleistungen, wenn die/der erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit minderjährigen Kindern in einem Haushalt lebt (§ 31a Abs. 3 S. 2 SGB II). Daraus ergibt sich, dass der Leistungsträger bzw. das Jobcenter in diesen Fällen regelmäßig von Amts wegen – also ohne Antrag - zu prüfen hat, ob ergänzende Sachleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für die Dauer der Sanktion erforderlich sind. Über den Umfang der ergänzenden Sachleistungen ist auch in diesem Fall eine Ermessensentscheidung zu treffen.

Verfügt die/der Leistungsberechtigte über zu berücksichtigendes Einkommen, das ihren/seinen Bedarf soweit deckt, dass das an sie/ihn auszuzahlende Alg II ohne Berücksichtigung der Sanktion einen Betrag in Höhe von 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs oder weniger ausmacht (z. B. bei Alleinerziehenden max. 114,60 €), werden in der Regel keine ergänzenden Sachleistungen mehr erforderlich sein (angemessene Höhe = 0 Euro). Sofern anderes Einkommen oder sofort verwertbares Vermögen herangezogen wird, ist im Einzelfall zu entscheiden. **Das gilt auch, wenn auf Grund einer Sanktion keine Leistungen mehr für die Bedarfe nach § 22 SGB II erbracht werden. Der Sicherung der Unterkunft sollte in diesen Fällen der Vorrang eingeräumt werden (Einsatz des Einkommens für Mietkosten).**

Die Fachlichen Hinweise zu den §§ 31 – 31b SGB II sehen vor, dass als geldwerte Leistung Stromabschlagszahlungen zur Vermeidung von Stromschulden unmittelbar an die Energieversorger gezahlt werden können. Auch über die Gewährung dieser Leistung ist eine Ermessensentscheidung zu treffen. Hierbei ist die wirtschaftliche Situation der/des Leistungsberechtigten zu berücksichtigen.

III. Begrenzung der Minderung auf 60 % des maßgebenden Regelbedarfs

Diese Regelung betrifft den Personenkreis der Leistungsberechtigten ab 25 Jahren. **§ 31a Abs. 1 Satz 6 SGB II** lautet:

„Erklären sich erwerbsfähige Leistungsberechtigte nachträglich bereit, ihren Pflichten nachzukommen, kann der zuständige Träger die Minderung der Leistungen nach Satz 3 ab diesem Zeitpunkt auf 60 Prozent des für sie nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs begrenzen.“

Die Milderungsmöglichkeit nimmt Bezug zur Rechtsfolge bei Vorliegen einer zweiten wiederholten Pflichtverletzung nach § 31 SGB II. Für die Abmilderung der Minderung nach § 31a Abs. 1 Satz 3 SGB II genügt eine glaubhafte Erklärung der/des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, sich zukünftig pflichtgemäß verhalten zu wollen. Die Milderung setzt nicht voraus, dass sie/er die Pflichtverletzung zum Zeitpunkt der Erklärung noch rückgängig machen kann. Dies ergibt sich unmittelbar aus dem Gesetzeswortlaut in Satz 6 dieser Vorschrift. Die Milderung kann frühestens ab dem Tag der Erklärung erfolgen. Es ist eine Ermessensentscheidung zu treffen.

IV. Leistungen für Unterkunft und Heizung trotz Wegfall des Alg II

Diese Regelung betrifft den Personenkreis der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren. **§ 31a Abs. 2 Satz 4 SGB II** lautet:

„Erklären sich erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nachträglich bereit, ihren Pflichten nachzukommen, kann der Träger unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles ab diesem Zeitpunkt wieder die für die Bedarfe nach § 22 zu erbringenden Leistungen gewähren.“

Neben den in Kapitel III genannten Gründen ist bei der Entscheidung über die Milderung der Sanktion insbesondere die ggf. drohende Wohnungslosigkeit zu berücksichtigen.

V. Verkürzung der Dauer der Sanktion

Diese Regelung betrifft den Personenkreis der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren. **§ 31b Abs. 1 Satz 4 SGB II** lautet:

„Bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann der Träger die Minderung des Auszahlungsanspruchs in Höhe der Bedarfe nach den §§ 20 und 21 unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles auf sechs Wochen verkürzen.“

Über eine Verkürzung oder eine Nichtverkürzung der Sanktion hat der Leistungsträger bzw. das Jobcenter eine Ermessensentscheidung zu treffen. Hinter der gesetzlichen Regelung steht die Absicht, die Motivation Jugendlicher zur Integration in das Erwerbsleben zu erhalten bzw. zu fördern.

Bei der Ermessensentscheidung sind deshalb insbesondere Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die das Bewusstsein der Jugendlichen/jungen Erwachsenen im Hinblick auf die Tragweite ihres Verhaltens und nachträgliche, das sozialwidrige Verhalten korrigierende oder relativierende, Aktivitäten betreffen.

Aus § 32 Abs. 2 S. 2 SGB II ergibt sich u. a. die Anwendbarkeit der Verkürzungsmöglichkeit auf Sanktionen wegen eines Meldeversäumnisses. Bei der Ermessensentscheidung hierzu ist ein strenger Maßstab anzulegen.

